



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24881 - 38
Fernschreiber 0866890

P/XIII/159 - 18. Juli 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Ulbrichts Parteitag Von Herbert Wehner Stellvertretender Vorsitzender der SPD	69
3 - 3a	Truppenentsendungen sind keine Lösung Zur Ausweitung des Konfliktes im Nahen Osten	61
4	Sind Atomwaffengegner Gottlose? Verirrung eines Kirchenblattes	40
5 - 6	Verfassungsbrüchige Landesregierung Elick auf Rheinland-Pfalz	83

* * * * *
* * * * *

Ulbrichts Parteitag

Von Herbert Wehner

Stellvertretender Vorsitzender der SED

Das Gewitter, das sich mit den Ereignissen in Libanon, Jordanien, Irak zusammengezogen hat, drängt alle anderen Ereignisse der letzten Tage in den Hintergrund. Die gefährlichen Spannungen, mit denen die Atmosphäre geladen ist, lassen kaum die Möglichkeit zu, sich noch rückschauend und wertend mit der eben beendeten siebentägigen Manifestation zur Aufrechterhaltung der innerdeutschen Spannung und Spaltung in Ost-Berlin zu befassen, die der Parteitag der sowjetzonalen Einheitspartei darbot. Aber der fünfte Parteitag der SED kennzeichnete in so starkem Maße die zur Zeit zwischen West und Ost herrschenden Spannungen, dass es leichtfertig und unentschuldig wäre, ihn einfach als ein schon der Vergangenheit angehörendes lokales Ereignis abzutun. Ulbrichts SED hat mit diesem Parteitag kundgetan, dass sie in ihrem Element ist, wenn die internationalen Spannungen zunehmen. Ulbricht hat sich als der Nutzniesser einer Lage erwiesen, in der in der Deutschlandfrage wie in dem zwischen Ost und West überhaupt herrschenden Verhältnis die Gegensätze auf die Spitze getrieben werden, statt nach Verständigungs- und Entspannungsmöglichkeiten zu suchen.

Es wird gewiss nicht an Stimmen fehlen, die mit unverhohlenen Triumph Ulbrichts Unversöhnlichkeit im Einseitigen sowjetkommunistischer Parolen als Beweis für die Fruchtlosigkeit von Entspannungsbestrebungen zu Hilfe nehmen werden. Doch diejenigen, die noch von der Sorge um das ganze deutsche Volk erfüllt und bewegt sind, werden Ulbrichts und seiner Gefolgsleute herausfordernde Paukenschläge zur Warschau Mitteldeutschlands in die endgültige volksdemokratische Abspaltung schmerzhaft als Mahnung zu einer Gewissensprüfung empfinden. Hat der Westen das Seine getan, um die endgültige Trennung der beiden Teile Deutschlands zu vermeiden? Ist der Westen Deutschlands auf die Auseinandersetzungen vorbereitet, die ihm nun bevorstehen? Wird der Westen Deutschlands begreifen, dass er Ulbrichts Wort, die Sicherung des Friedens sei der Hauptinhalt der Deutschlandpolitik geworden, nicht diesem Nutzniesser der Spaltung Deutschlands überlassen darf?

Es wäre bitter wenig, wollte man an Hand der Monstre-Rede Ulbrichts daran gehen, die termingerechte Erfüllbarkeit der Ankündigungen zur Hebung des Lebensstandards anzuzweifeln. Es wäre zu billig, die auf dem Parteitag vollzogene Besiegelung der Verurteilung kritischer Kreise innerhalb der sowjetzonalen Staatspartei zum Schweigen nun zum Gegenstand tiefgründiger Betrachtungen über die Unabänderlichkeit des dort herrschenden Regimes zu machen. Eine Lehre zu ziehen, tut not: Nur auf dem Wege über die militärische Entspannung kann noch eine Auflockerung der innerdeutschen Verhältnisse erreicht werden. Auf diese militärische Entspannung müssen alle Bemühungen konzentriert werden. Sonst werden alle Hoffnungen auf eine Vereinigung der Teile Deutschlands in einer freien demokratischen Staatsordnung trügen.

Ulbricht und seine Gefolgsleute haben diesen Parteitag als eine Art Bewährungsprobe aufgefasst und bestanden. Sie wollen als eine unbeugsam eiserne Prätorianergarde des sowjetischen "Lagers" erscheinen. Auf diesem Parteitag sind die absurdesten Behauptungen nicht nur über das Wollen und Wirken der Sozialdemokratischen Partei, sondern auch über eine kommunistische Partei, nämlich die kommunistische Partei Jugoslawiens, aufgestellt worden. Zwei dieser Behauptungen mögen als Beispiele dafür dienen, wie die Wahrheit ins Gegenteil verkehrt wird, um zu erreichen, was man gegenwärtig anstrebt. Der Sprecher der chinesischen Delegation auf dem Parteitag behauptete, es sei erwiesen, dass die Führung der kommunistischen Partei Jugoslawiens seinerzeit in Ungarn "im wahrsten Sinne des Wortes die hässliche Rolle eines Interventionen und Hatzers gespielt hat". Der Sprecher der Delegation der kommunistischen Partei der Sowjetunion behauptete, Jugoslawien sei infolge seiner Beziehungen zu Griechenland und zur Türkei "auch an die NATO und an den Bagdadpakt gebunden". Das war die Freisloge, in der auf Ulbrichts Parteitag geschichtliche und politische Entstellungen und Verdrehungen dargeboten wurden.

Angesichts solcher Beispiele können die von Ulbricht verabreichten "Angebote zur Aktionseinheit" nur als hinterhältiger Versuch angesehen werden, diejenigen zu diskreditieren, denen solche "Angebote" gemacht werden. Denn Ulbricht fühlt sich offenbar am wohlsten, so lange er Gegenspieler und Partner hat, die ihrerseits darauf bedacht sind, es nicht zu einer Entspannung kommen zu lassen.

Truppenentsendungen sind keine Lösung

ler - Es ist, eine alte Erfahrung: Militärische Gewaltanwendung bringt keine Lösung internationaler Konflikte, sie vermehrt nur die Schwierigkeiten. Den Briten und Amerikanern mag es durch ihre militärische Intervention in Jordanien und im Libanon vielleicht gelingen, von innen bedrückte und vom Volkswillen nicht getragene Regime und deren Würdenträger vorläufig zu schützen. Der Preis, der dafür gezahlt werden muss, ist ein sehr hoher. Er bringt die Welt in die Nähe eines tödlichen Abgrundes. Noch weiss niemand, wie die Sowjetunion handeln wird. Vorläufig beschränkt sie sich auf die Abgabe von Warnungen im Sicherheitsrat und auf die Abhaltung von Manövern an der türkisch-persischen Grenze unter der Leitung von Marschällen, die im zweiten Weltkrieg bewiesen haben, dass sie ihr Handwerk wohl verstehen. Leicht kann eine Situation entstehen, in der auch der Sowjetunion die Möglichkeit einer kontrollierenden Einflussnahme aus den Händen gleitet und sie sich vor Entscheidungen gestellt sehen mag, die ihr wider Willen auferlegt werden.

Das wäre dann der Fall, wenn die Vereinigten Staaten und Grossbritannien von der Absicht ausgingen, durch ihre Interventionen im Vorderen Orient gewissermassen die Widerstandsfähigkeit Moskaus zu testen. Schon einmal erwies sich in einem anderen Falle eine solche Spekulation als ein tragischer Fehlschluss. Die Vereinigten Staaten verweigerten seinerzeit Wasser den Kredit zum Bau des Assuan-Dammes, weil sie glaubten, sie könnten dadurch den Führer des arabischen Nationalismus zum Cassanagang zwingen. Die Antwort auf diese Fehlrechnung war die ägyptische Beschlagnahme des Suez-Kanals und die Vertreibung seiner Besitzer. Die Intervention Frankreichs und Grossbritanniens im Oktober 1956 in Suez sah Wasser als endgültigen Sieger ...

Die rasche Anerkennung der revolutionären Regierung in Irak durch die Ostblockstaaten lässt vor aller Welt die Entschlossenheit der Sowjetunion erkennen, in diesem orientalischen Drama nicht die Rolle eines untätigen Zuschauers zu spielen. Das Eingreifen Washingtons und Londons in Libanon und in Jordanien mag in sich

selbst noch nicht die Gefahr eines Konfliktes mit Moskau tragen, aber diese Gefahr würde von dem Tage an akut werden, wenn die beiden Westmächte die Absicht hätten, das gestürzte Regime in Irak wieder herzustellen. Schon hat Nasser angekündigt, dass in einer solchen Lage die Vereinigte Arabische Republik mit all ihrer Macht eingreifen würde und dem bedrohten Irak zur Hilfe käme. Ist dann ein Abseitsstehen der Sowjetunion denkbar? Wenn das Prestige einer Weltmacht auf dem Spiele steht, handelt ihre Führung nicht mehr aus freier Entschlossenheit, sondern aus Zwang. Wollen die Vereinigten Staaten gemäss der Dulles'schen Doktrin, eine Politik hart am Rande des Krieges zu führen, prüfen, inwieweit sich ihr mächtiger Gegenspieler in eine Zwangslage drängen lässt?

Die britisch-amerikanischen Truppenentsendungen nach dem Vorderen Orient haben aber auch noch etwas anderes zwangsläufig zur Folge. Sie müssen den letzten Rest an Sympathien zerstören, der in der arabischen Welt, einer aufgewülter und von revolutionären Leidenschaften erschütterten Welt, für die westliche Lebensordnung, die westliche Kultur und westliche Ideen noch vorhanden war. Die arabischen Nationalisten, die heute die Stunde ihrer Völker gekommen sehen, sind keine Kommunisten, sie streben nicht danach, eine Abhängigkeit, die von Westen, gegen die von der Sowjetunion einzutauschen. Durch die Fehler der westlichen Politik wird diese Welt aber an die Seite Moskaus getrieben, das hier ohne eigenes Zutun einen mächtigen Bündnisgenossen gewinnt. Eines Tages werden die britisch-amerikanischen Truppen aus dem Vorderen Orient wieder abziehen müssen und auf den Trümmern ihres Rückzuges wird der Hass gedeihen.

+ + +

Richard Crossman in "Daily Mirror":

"Es ist ein lebenswichtiges strategisches Interesse der Russen, pro-westliche Streitkräfte daran zu hindern, den Irak wieder zu besetzen. Denn in russischen Augen ist der Vormarsch einer britisch-amerikanischen Armee in Richtung auf Persien ebenso gefährlich, wie es ein russischer Vormarsch durch Mexiko in Richtung auf die Grenze von Texas vom amerikanischen Standpunkt wäre. Niemand zweifelt, dass die Amerikaner einen Weltkrieg riskieren würden, um eine russische Intervention in Zentralamerika aufzuhalten. Ich bin gleichermassen überzeugt, dass die Russen sehr wohl einen Weltkrieg riskieren könnten, um Persien und den Irak zu neutralisieren. Deshalb glaube ich, gibt es nur eine dringende Aufgabe für die Labour-opposition. Jetzt, da Amerika und Grossbritannien die UNO links liegen gelassen haben, ist es unrealistisch zu hoffen, dass Generalsekretär Dag Hammarskjöld das Hintreiben zum Kriege aufhalten kann. Was wir brauchen ist eine Ost-West-Konferenz, ehe die Situation aus den Fäden gleitet".

Sind Atomwaffengegner Gottlose?

G.H. Die Gegner der Bonner Regierungspolitik sind bisher stets als "Kryptokommunisten" bezeichnet worden, die, bewusst oder unbewusst, die Geschäfte Moskaus besorgten - eine "billige" Diffamierung, die im Sumpfgelände des "Antikommunismus" leicht Wurzel fasste.

Eine "neue Masche", um die Gegner der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr zu diffamieren, hat jetzt die "Kirchenzeitung für das Erzbistum Köln", das offizielle Organ des Kölner Kardinals, gefunden. Sie schreibt, in ihrer Ausgabe vom 29. Juni 1958, den lapidaren Satz hin:

"Es ist bezeichnend, dass gerade die Kreise heute der Atomangst verfallen sind, die keine religiöse Bindung mehr haben."

So, da steht es, offiziell kirchlich verlautbart: Wer Atomangst hat, der ist ein Angefallener, ein religiös Bindungsloser, im letzten ein gottloser Mensch!

Im Grunde läuft auch dies wieder darauf hinaus, dass ein solcher angstvoller Atomgegner ein "Kommunist" ist, denn, so schliesst die Kölner Kirchenzeitung messerscharf: Wenn er an Gott glaubte, brauchte er ja vor den Atombomben keine Angst zu haben!

Mit solch abgründigen Sophismen wird heute die atomare Aufrüstung eines geteilten Volkes und Landes zu rechtfertigen versucht. Hilfe, was immer helfen mag! Niemöller und Helene Wessel, Gertrud von Le Fort und Gustav Heinemann - was werden die schon für "religiöse Bindungen" haben! Aus Gründen theologischer "Atomlogik" können sie eben gar keine "echten" haben! Sie bilden es sich nur ein, aus christlichem Gewissen zu handeln! In Wahrheit sind sie "bindungslos", sie zählen zu den Gottlosen, mögen sie's wissen oder nicht.

Bleibt anzumerken, dass der Verfasser des zitierten Artikels in der Kölner Kirchenzeitung der Pfarrer Dr. Kirkhamer ist, der Mann, der einst weisse Mäuse in einem Kino losliess und Stinkbomben warf, weil ihn der Film nicht in die "Weltanschauung" passte. Dieser Exegete legt, im gleichen Artikel, den Befehl Christi an Petrus im Garten, das Schwert in die Scheide zu stecken, so aus:

"Petrus soll das Schwert nicht wegwerfen, sondern es in die Scheide stecken. Er soll es also tragen und zur möglichen Verteidigung für die, die es handhaben sollen, aufbewahren."

Der erste Papst wird hier also zum Zeughausverwalter für Atombomben gemacht! Man weiss nicht, worüber man mehr staunen, erschrecken soll: Über diese Unverfrorenheit einer Exegese oder über die "narrenkauerne" Verbohrtheit, die atomare Aufrüstung um jeden Preis und mit allen Mitteln zu rechtfertigen.

Verfassungsbrüchige Landesregierung

-güp-Kainz

Die Serie politischer Überraschungen reißt in der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt nicht ab. Der von der SPD geforderte parlamentarische Untersuchungsausschuß, der mit den Aktienmanipulationen des Finanzministers Dr. Nowack beschäftigt ist, hatte sich noch nicht konstituiert, als Ministerpräsident Altmeier auf einer Pressekonferenz ein Gutachten seines Justizministeriums der Öffentlichkeit übergab, das mancherlei Befremden auslöste. Das Gutachten befaßt sich nämlich mit dem von der SPD-Landtagsfraktion geforderten Volksbegehren zur Auflösung des Landtags. Der Antrag wurde aufgrund der eindeutigen Landesverfassung gestellt. Trotzdem gibt die Landesregierung, die insbesondere im Hinblick auf die in Zusammenhang mit der atomaren Bewaffnung von der SPD geforderten Volksbefragung bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit ihre "Verfassungstreue" proklamierte, ihm nicht statt. Dafür aber präsentiert sie ein Gutachten, das der Ministerpräsident beim Justizministerium bestellt hat. Man kann auch sagen, das die Landesregierung bei sich selbst in Auftrag gegeben und für sich selbst angefertigt hat.

Die Argumentation der CDU-Größen des Landes ist dabei von bemerkenswerter Logik: die Sozialdemokraten wollen mit Hilfe einer Landtagsneuwahl eine verschleierte Volksbefragung in Rheinland-Pfalz durchführen. Als Kronzeuge für diese Behauptung politischen Winkel-Advokaten tuis zitiert der Ministerpräsident und seine Vasallen zwei maßgebende sozialdemokratische Politiker aus Rheinland-Pfalz, den SPD-Landesvorsitzenden Franz Dögler und den Vorsitzenden des SPD-Bezirks Rheinland-Hessen-Nassau, Otto Schmidt. Beide hätten - so Dr. h. c. Altmeier - auf dem Stuttgarter Parteitag ausgeführt, daß mit Hilfe der rheinland-pfälzischen Landesverfassung durch Volksbegehren, Volksentscheid, Landtagsauflösung und Landtagsneuwahlen die Möglichkeit einer Volksbefragung gegeben sei.

Der Parteitag hat bekanntlich nicht hinter verschlossenen Türen getagt. Der Ministerpräsident hätte sich also sparen können, mit Hilfe eines gedruckten Parteitagsprotokolls - wie auf der Pressekonferenz geschehen - die Richtigkeit seines Um-die-Ecke-denken schwarz auf weiß zu belegen. Die Tatsache nämlich, daß der Bevölkerung von Rheinland-Pfalz mit Hilfe des von der SPD geforderten Volksbegehrens zur Landtagsauflösung und anschließender Neuwahlen die Möglichkeit gegeben werden soll, einen weniger atomrüstungsfreudigen Landtag zu wählen, ist von der SPD nie bestritten worden. Wer die westlich des Rheins gelegenen, walddreichen Gebietsteile des Landes in Bifel, Hunsrück und Pfalz besucht und dort der Düsenbomber-Flugplätze und Raketen-Abschußbassen ansichtig wird, braucht auch keine besondere Erklärung, warum sich die Menschen in diesem Waffen-Arsenal erster Ordnung besonders bedroht fühlen müssen.

Der innere Zusammenhang zwischen der atomaren Rüstungspolitik in

der Bundesrepublik und der Landtagsauflösung in Rheinland-Pfalz ist also von der SPD nie geleugnet worden. Die in den vergangenen Monaten in allen Teilen des Landes von der Mitgliedschaft bei Versammlungen und Tagungen erhobene Forderung lautete überall: Weg mit dem Atom-Landtag! Was aber das politische Ziel mit der Erfüllung der Forderung der Verfassung zu tun hat, bleibt so lange ein Geheimnis, wie man an die Echtheit und Aufrichtigkeit von Beteuerungen über Rechtsstaatlichkeit und Verfassungstreue glaubt.

Mun sagt also das Gutachten des rheinland-pfälzischen Justizministeriums, an dessen Spitze übrigens ein FDP-Mann steht, dessen Partei sich zuvor "aus rechtlichen Gründen" zu dem Antrag der SPD bekannt hatte, daß man wegen des inneren Zusammenhanges von Volksbefragung über atomare Bewaffnung und Landtagsauflösung warten müsse, bis das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe am 30. Juli 1958 über die Verfassungsmäßigkeit oder Verfassungswidrigkeit von Volksbefragungen entschieden habe. "Willkür" und "Verfassungsbruch" nannte das der juristische Experte der SPD, Justizrat F.W. Wagner, MdB. "Die in Artikel 109 der Landesverfassung enthaltene Bestimmung über das Volksbegehren ist ein Verfassungsbefehl, gegen den kein juristisches Kraft gewachsen ist. Und MdB Wagner fragte, ob letztlich nicht jede Landtags- oder Bundestagswahl in der Demokratie eine Volksbefragung sei ... ? Die Ausführungen des Gutachtens, mit denen die Sozialdemokraten praktisch unter die Ausnahme Gesetze für Verfassungsfeinde gestellt würden, seien "politisch und rechtlich in höchstem Grade bedenklich."

Die SPD in Rheinland-Pfalz ist nach diesem Schritt der Landesregierung allerdings erst recht entschlossen, die Durchführung des Volksbegehrens zu betreiben. Mit diesem Akt mußte jedes Vertrauen in die Verfassungstreue der Landesregierung verloren gehen. Eine Untätigkeitsklage beim Oberverwaltungsgericht könnte der erste Schritt sein. Eine Verfassungsklage der nächste. Eingewiesen wurde auch auf Artikel 131 der Landesverfassung, demzufolge jedes Regierungsmitglied noch zehn Jahre nach seinem Rücktritt oder seiner Entlassung belangt werden kann, wenn es die Verfassung vorsätzlich oder grob-fahrlässig verletzt hatte. Das von der Landesregierung vorgelegte Rechtsgutachten, so sagte Justizrat Wagner, reiche nicht aus, um die Beschuldigten von der Vorwurf der groben Fahrlässigkeit freizusprechen.

+ + +

Verantwortlich: i. V. Albert Exler